

Volksblatt

Nummer 58

Montag, den 28. Februar

Jahrgang 1927

Kreisblatt des Stadtbezirks Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes,
von Bürgermeister
intern und extern
des Kreises Bocholt.
Organ
der Zentrumspartei

Geldkassier
Bocholt, Melbörger, G.
Jensen 22 und 27.
Rheider: J. Schmidt.
Anholt: W. Welling.
Werth: Th. Warras.
Verlagsort:
Bocholt 1.

Briand über die Verständigungspolitik.

Kein Wort war in den letzten Wochen aus Paris gekommen, aus dem man irgendwelche Schlüsse auf den Stand der deutsch-französischen Verständigungspolitik hätte ziehen können. Die Atmosphäre der Unsicherheit lag über allen politischen Geschehnissen; eigentlich wußte man nur, was die deutsche Politik wollte; sie war entschieden aus dem Regierungsprogramm des Reichskanzlers Marx. In diesem politischen Dämmerzustand wirkt die Erklärung des französischen Außenministers Briand im „Petit Parisien“, welche wir in der letzten Nummer mitteilten, wie ein Wind aus einer optimistischen Auffassung.

Briands Erklärung enthält allerdings zahlreiche sachliche Irrtümer. So ist es z. B. nicht richtig, daß Deutschland die französischen Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei anerkannt habe. Im Gegenteil, die deutsche Regierung hat es in Locarno ausdrücklich abgelehnt, diese Defensivverträge überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Aber trotzdem hält man in Berlin politischen Kreisen, wie die „Köln. Zig.“ sich drücken läßt, Briands Erklärung für eine ganz grobe Fiktion, um die Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich in den Mittelpunkt der französischen Politik zu rücken, und erkennen in ihr das Bestreben, die Politik der Verständigung wieder ein Stück vorwärts zu bringen. Da Briand sich also von neuem zu der Politik der Verständigung bekannt habe, hat man in Berlin gern bereit, die Erklärung im ganzen als eine erfreuliche Tatsache zu verzeichnen. Man mache jedoch mit gutem Grund geltend, daß, wenn Frankreich und vor allem die amtlichen Stellen der Ansicht seien, daß die Verträge von Locarno für Frankreich greifbare Vorteile gebracht hätten, das französische Volk und seine Regierung daraus auch die Folgerung ziehen müßten. Diese Folgerung aber könne allein darin bestehen, daß sich Frankreich nunmehr seinerseits, und zwar in ganz anderem Ausmaß als bisher, bereit finde, diejenigen Zugeständnisse zu machen, auf die Deutschland mit Recht schon seit dem Abschluß der Verträge von Locarno Anspruch erhoben habe.

Briand richtet sich der Form nach an die französischen Staatsräte, und diesen mußte er die französischen Erfolge durch die Verständigungspolitik vor Augen führen und auch hervorheben, daß in Deutschland nunmehr die Locarnoverträge auch durch die deutschen Nationalen anerkannt seien. Auch wenn man einer solchen Anerkennung, so lautet er, keine übertriebene Bedeutung beimessen wolle, so dürfte man sie doch bei der Beurteilung der Gesamtlage nicht außer Betracht lassen. Und dann sagte er, wie wir einem ausführlichen Bericht entnehmen:

„Sicheln wir uns doch einmal unsere eigenen Politiker nach 1870 vor, die von der Pariser Konferenz herab eine derartige Sprache geführt hätten, einen Gambetta, der 5 oder 6 Jahre nach dem Krieges freiwillig in einem diplomatischen Amt, wie im Transfurter Frieden auflegte Grenze zwischen uns und den endgültigen Verzicht auf Elsaß-Lothringen ausgesprochen hätte. Was hätten wir Franzosen dazu gesagt? ... War Frankreich Sieger, ja oder nein? Wenn ja, warum benehmen wir uns wie die Besiegten? Warum verdingen wir unsere Zeit mit Gekrammer über die militärische Stärke und die technische Organisation und die Modernisierung der Rüstungswaffen, die Einrichtung, die doch schließlich von den Alliierten selbst im Versailler Vertrag festgelegt worden ist.“

Es ist das erste Mal, daß wir aus Frankreich eine solche Anerkennung des deutschen Opfers hören, das in unserer Zustimmung zu den Locarnoverträgen begründet liegt. Allerdings, auch diese Anerkennung geschieht nur im Rahmen einer innerpolitischen französischen Ausprägung, sie geschieht nicht in Form einer offiziellen Kundgebung, die an Deutschland gerichtet ist. Sie geschieht vor allem nicht in einer Form, die erkennen ließe, daß Frankreich gewillt sei, aus dieser freiwilligen deutschen Verzichtserklärung die logischen Konsequenzen hinsichtlich der Befreiung des besetzten Gebietes zu ziehen. Briand begnügt sich damit, darauf hinzuweisen, daß die Forderungen Deutschlands auf Abzug der französischen Besatzungstruppen ganz natürlich seien. Die Franzosen hätten es gar nicht anders gemacht. Ja, er sagt sogar, diese deutschen Forderungen seien auch dann verständlich, wenn die Erfüllung der in den Verträgen von Locarno und im Versailler Vertrag Artikel 431 festgelegten Bedingungen durch die Deutschen noch nicht erfüllt seien. Aber was für die Deutschen verständlich sei, so muß der deutsche Leser aus einer solchen Erklärung natürlich schließen, ist darum noch lange nicht für die Franzosen verständlich, und darum wird die Briand-Annahme noch recht gute Welle haben.

Briand ist ein sehr schlaues Tier. Er kann in einem Atemzuge seiner Rechtsopposition klar machen, daß sie zu lieben sein dürfte und daß sie nicht zu lieben sein könne. Aber was für die Deutschen eine sehr saure Pille. Die Antwort der deutsch-französischen Verständigungspolitik werden es natürlich sehr gerne hören, wenn Briand sagt, daß er auch seinerseits an einer solchen Politik unbedingt festhalte. Sie werden schon etwas mitmuttern werden, wenn ihnen so ohne verbindliche Verabredung zugleich erzählt wird, daß durch den Locarnovertrag der Versailler

Die Antwort der Sowjetregierung an England.

Ein großer Keil auf einen groben Klotz.

Moskau, 27. Februar.

In der Antwortnote der Sowjetregierung wird u. a. ausgeführt:

Die Sowjetregierung habe wiederholt bei englischen Behörden einen Hinweis auf etwaige Kontakte nicht nachgekommen, was eine Verletzung der 1923 eingegangenen Verpflichtung Lord Curzons sei. Die jüngste britische Note zähle lediglich eine Reihe politischer Äußerungen sowjetischer Staatsmänner auf. Es sei eine willkürliche Erweiterung der bestehenden Vereinbarungen, die auch auf mündliche oder auch in der Presse veröffentlichte Äußerungen innerhalb der Sowjetunion ausdehnen zu wollen.

Weber in der Sowjetpresse noch in den sonstigen russischen Äußerungen sei etwas zu finden, was etwa dem scharfen Ausfall der sowjetischen Regierung gegen die Sowjetregierung gleiche. Als antirussische Propaganda könne nicht angesehen werden die Analyse und Einschätzung der Außenpolitik der britischen Regierung sowie prinzipielle Ausführungen von russischen Parteiführern über die Unabwendbarkeit der Weltrevolution und über die Bedeutung der nationalrevolutionären Bewegung im Osten. Die englische Regierung weiche bewußt von den allgemein üblichen internationalen Formen und Gepflogenheiten und selbst den elementaren Anstandsregeln ab. Sie erlaube sich mit Sowjetrussland um Ton einer Drohung mit einem Ultimatum zu reden und die Verfassung der Sowjetunion zu ignorieren, indem sie in ihren Noten hartnäckig veruche, eine Parteiorganisation oder selbst internationale Institutionen an die Stelle der formellen Regierung der Sowjetunion zu setzen. Sie habe sich ferner einen unehrlichen und präventiven Ton gegenüber der Tschechoslowakei erlaubt.

Nach einem Hinweis auf nuerliche Enthaltungen über Versuche einer Verständigung zwischen einzelnen Mitgliedern der englischen Regierung und ehemaligen zaristischen Diplomaten und Vertretern der Gegenrevolution, führt die Note weiter aus: Der englisch-sowjetische Handelsvertrag wie auch die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen habe den Interessen beider Länder entsprochen. Wenn die britische Regierung glaube, daß der Abbruch der englisch-sow-

jetrussischen Beziehungen dem britischen Reich und der Sache des allgemeinen Friedens zum Vorteil diene, so werde sie naturgemäß dementsprechend handeln und die volle Verantwortung für die Wir-
kungen übernehmen müssen.

Die Sowjetregierung betrachte mit Schuß die Erklärung Krasins über die Erwünschtheit der Behebung sämtlicher Differenzen und der Herstellung vollkommen normaler Beziehungen und erkläre, sie werde ein Entgegenkommen der britischen Regierung auf dem Wege zum Frieden ausdrücklich begrüßen.

Der Eindruck in London.

London, 27. Febr. Die sowjetrussische Antwort auf die britische Protestnote ist gestern abend hier eingetroffen. Da sich die amtlichen Persönlichkeiten während des Wochenendes nicht in London befinden, konnte sich eine feste Meinung noch nicht bilden. Nach dem ersten allgemeinen Eindruck kann jedoch gesagt werden, daß die Antwort von den konservativen Elementen kaum als befriedigend betrachtet werden dürfte. Die sehr gekürzte Formulierung der russischen Antwort gibt aber diesen Kreisen nur geringe Mäßigkeit, weiterhin mit Erfolg gegen den maßgebenden Standpunkt Chamberlains aufzutreten. Man ist gespannt, was die englische Regierung auf den Vorwurf erwirbt wird, daß der Text der Note in Moskau in der englischen Presse veröffentlicht wurde.

Die Reuter erfährt, wird voraussichtlich vor der in Aussicht gestellten Debatte über die englisch-russischen Beziehungen für die ein Tag noch nicht feststeht, von seiten der Regierung im Unterhaus eine Erklärung abgegeben werden. Weiter meldet Reuter: Die Antwortnote Sowjetrusslands ist in Wendungen gehalten, die englischerseits erwartet worden sind. Man hatte nicht angenommen, daß die sowjetrussische Regierung irgendwelche Verantwortlichkeit für die Propaganda ausgehen oder sich irgendwie sonst eine Blöße geben würde. Diejenigen Anhänger der Regierung, die an der englischen Note Kritik geübt haben, weil sie zu milde sei, betrachten die russische Antwort als unerschämmt und werden einen starken Druck ausüben, um die Annullierung des Handelsvertrages und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen durchzusetzen. In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die englische Regierung im Sinne ihrer Note auch handeln werde und es Handelsabkommen annulliert, während sie die diplomatischen Beziehungen weiterhin bestehen läßt.

Eine unglaubliche Entscheidung des Danziger Völkerverbunds.

Danzig, 26. Febr. In dem Danziger Völkerverbund streift über die Zahl der im Danziger Hafen zu beschäftigenden polnischen Arbeiter hat der Danziger Völkerverbundskommissar Van Samel nunmehr eine Entscheidung gefällt, nach der in Befolgung der bisherigen Bestimmungen des Präzedenzes des Danziger Hafenanschlusses, des schweizerischen Obersten de Loos, der Hafenanschlusses zur Hälfte Arbeiter polnischer Staatsangehörigkeit und zur Hälfte Arbeiter Danziger Staatsangehörigkeit beschäftigt werden soll.

Von amtlicher polnischer Seite wird dazu mitgeteilt, daß die polnische Regierung sich unter Berücksichtigung der in Danzig herrschenden Arbeitslosigkeit bereit erklärt habe, daß der Hafenanschlusses in Ausführung dieser Entscheidung in erster Linie Danziger Staatsbürger polnischer Nationalität oder polnischer Staatsbürgerschaften könne, jedoch unter dem Vorbehalt, daß bei der Anstellung Arbeiter bevorzugt werden, die in den polnischen Berufsverbänden auf dem Gebiet der freien Stadt Danzig organisiert sind.

Der deutsch-polnische Konflikt.

Wie der „Montag-Morgen“ von unterrichteter Seite erfahren haben will, haben die Botsprechungen des Warschauer deutschen Gesandten Kaufmeyer mit den Berliner amtlichen Stellen das Ergebnis angezeigt, daß es vorerst als ungemessen erscheinen müsse, von deutscher Seite aus einen Versuch zur Beendigung des Handelskrieges mit Polen und zur Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen zu unternehmen. Die Informationen, welche Kaufmeyer den Berliner Stellen über die Stimmung der aufstrebenden in ihrer Haltung verharrenden polnischen Regierung gemacht hat, sollen

einen solchen Versuch als aussichtslos erscheinen lassen. Indessen wird damit gerechnet, daß im Verlaufe der kommenden Tagung des Genfer Völkerverbundes Botsprechungen zwischen dem deutschen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den polnischen Außenminister Jazelski stattfinden werden, die vielleicht einen Ausweg aus der gegenwärtigen gesfahren Lage ergeben könnten. Im übrigen verläßt das deutsche Gesandte in Warschau am Dienstag auf seinen Posten zurückkehren wird.

Neuer polnischer Rechtsbruch.

Kattowitz, 26. Febr. Nach einem vom schlesischen Sejm beschlossenen Kommunalwahlgesetz war von der Wojwodschast bis zum heutigen Tage über die Gültigkeit oder Zurückweisung der gegen die Kommunalwahlen vom 14. November vorigen Jahres eingelegten Proteste zu entscheiden. Das ist nun in Bezug auf die Proteste gegen die Gültigkeit der Stadtverordnetenwahlen in den großen Städten Kattowitz und Königshütte und in den vielen anderen Orten mit deutschen Wahlmehrsheiten nicht geschehen. Hier nach scheint die Absicht zu bestehen, die von der Wojwodschast ernannten provisorischen Ämtern mit überwiegend polnischen Mehrheiten weiter die Befugnisse von Stadtverordnetenversammlungen ausüben zu lassen.

Ein angeblicher deutsch-französischer Zwischenfall.

Keine Verletzung der französischen Grenze durch deutsche Gendarme.

Paris, 26. Febr. Der „Matin“ berichtet über einen deutsch-französischen Zwischenfall, der sich in der Nähe des Dorfes Obersteinbach am Untermain ereignet habe. Ein gewisser Louis Schütz, ein vormaliger französischer Soldat, der nach dem Versailler Vertrag Franzose geworden sei, sei von seiner eigenen Frau bei der deutschen Polizei (gemeint ist wohl Gendarmarie) denunziert worden. Nachdem am Sonntag nachmittags zwei Betrüger des Schütz mit diesem selbst gefahren seien, seien sie mit ihm zur Grenze gegangen. Dreihundert Meter von dieser entfernt hätten sie ihn ergreifen und vier deutschen Polizisten (Gendarmen) ausgetrieben, die ihn mit Gewalt auf deutsches Gebiet hinüberführten. Schütz habe allen Grund gehabt, wegen seiner früheren Straftaten nicht Deutschland zu betreten. Nach einer Ergänzungsmeldung des „Petit Parisien“ sei Schütz von der deutschen Gendarmarie verhaftet worden, in der Pfalz kein Verbrechen verübt zu haben. Der Fall einer gewaltsamen Grenzverletzung scheine vorzuliegen.

Wie die Telegraphen-Union hierzu aus Speyer erfährt, wird amtlich mitgeteilt, daß die Darstellung der Verhaftung des Landwirts Schütz in Sachen der Betrüger bedauerlicherweise charakterisiert worden war, jeder tatsächlichen Grundlage entbehre. Die Festnahme Schütz, der der Ermordung Frau Kuhns beschuldigt wird, erfolgte vielmehr auf deutschem Boden, etwa 500 Meter von der französischen Grenze durch zwei Gendarme in Gegenwart zweier ungetriebener Zeugen.

Gegen den Mietwucher.

Eine preussische Verfügung.
Berlin, 26. Febr. Unter Hinweis auf die Klagen, daß nach dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft für gewerbliche Räume durch die Verordnung über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft vom 11. November v. J. vielfach unangemessen hohe Mietzinsen für die Ueberlassung gewerblicher Räume gefordert werden, ersucht der preussische Justizminister, wie der Amtliche Preussische Pressebericht mitteilt, die Strafverfolgungsbehörde, unter Einziehung von Sachverständigen ihr besonderes Augenmerk auf solche Mißstände zu richten und bei Vergehen gegen das Mieterschutzgesetz mit Nachdruck einzuschreiten.

Wohnungsbau und Zwangswirtschaft.

Berlin, 27. Febr. In einer Unterredung mit einem Pressevertreter wies der preussische Wohnungsbau- und Zwangswirtschaftsminister Hirtzler u. a. darauf hin, daß wegen des großen Wohnungsmangels noch mit einer längeren Dauer der Zwangswirtschaft gerechnet werden müsse. Die Wohnungsbauwirtschaft müsse natürlich so gehandhabt werden, daß bei der späteren Freigabe keine Schwierigkeiten entstünden. Mit einer Mietswucherergesetzgebung allein sei es nicht getan. Wohnungszwangsgesetz und Nachtragsgesetz müßten sich einigermassen die Waage halten. Wenn wir aber erst einmal so weit seien, dann werde sich auch der Mietpreis dem Lebenshaltungsniveau anpassen. Dabei müsse man berücksichtigen, daß der Index nur auf seinen jetzigen Stand gebracht werden konnte, weil die Werte durch die Zwangswirtschaft niedrig gehalten worden sei. Wenn Angebot und Nachfrage nach Aufhebung der Zwangswirtschaft durch den freien Wohnungsmarkt reguliert würden, werde man wohl mit einer anderthalbfachen Friedensmiete rechnen müssen.

